

Barbara Volhard: Rede zum globalen Aktionstag am 18.04.2015

Wir werden systematisch in die Irre geführt, und zwar sowohl durch die Politik als auch durch die meisten Medien. Ich werde aufzeigen, dass durch TTIP, CETA und TiSA die Demokratie in den beteiligten Ländern massiv ausgehöhlt zu werden droht. Darüber nämlich hat die Badische Zeitung nicht berichtet.

Erstens: Undemokratisch sind schon die Geheimverhandlungen. Es geht um Völkerrechtsverträge, die uns alle binden, also müssten sie eigentlich von unseren Vertretungen, den Parlamenten verhandelt werden. Die aber werden systematisch umgangen und dürfen am Schluss nur Ja oder Nein sagen, aber keinen Einfluss auf den Inhalt der Verträge mehr nehmen. Die meisten Abgeordneten sogar des Europäischen Parlaments sind sich darüber nicht einmal im Klaren.

Zweitens: Uns wird weisgemacht, es gehe um die Beseitigung technischer Handelshemmnisse vor allem der Industrie. Die aber können schon längst beseitigt werden, nämlich durch den extra zu diesem Zweck schon 2007 gegründeten Transatlantischen Wirtschaftsrat. **Dafür braucht es keine neuen Abkommen.** Außerdem ist die Industrie für diese Verträge fast nebensächlich. Sie trägt nämlich weniger als 30 % zum Bruttoinlandsprodukt bei und ist deshalb für Investoren nicht mehr profitabel genug. Deren Ziel ist daher der Dienstleistungssektor: sowohl TTIP als auch CETA sind Abkommen zum Handel mit Waren **UND** Dienstleistungen und weil das nicht reicht, wird mit TiSA noch ein Abkommen **NUR** zum Handel mit Dienstleistungen verhandelt. Da es besonders brisant ist – denn es geht ja um unsere Daseinsvorsorge – soll sein Inhalt sogar noch fünf Jahre nach Vertragsabschluss geheim bleiben.

Wie wichtig der Dienstleistungssektor ist und warum er Milliarden Gewinne für die internationalen Großkonzerne verspricht, zeigen ein paar Zahlen des Bundesamtes für Statistik: 2014 betrug der Anteil des Dienstleistungssektors am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland fast 70 Prozent, in Frankreich, Großbritannien und den USA sogar fast 80 Prozent! Da noch von „Industrieländern“ zu reden ist Unfug. Die industrielle Produktion ist eben zu großen Teilen ausgelagert in Entwicklungsländer. Fast drei Viertel aller Beschäftigten in Deutschland und mehr als acht von zehn erwerbstätigen Frauen arbeiten im Dienstleistungssektor.

Schon das seit 20 Jahren bestehende Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen GATS bewirkte eine weitgehende Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in Deutschland: Bahn, Post, Telekom, viele kommunale Unternehmen der Wasser-, Abfall-, Energie und Wohnungswirtschaft. Die Folge: Hunderttausende von Arbeitsplätzen wurden abgebaut, Wohnungen und Schienen verrotten, der Service wurde schlechter und teurer. Damit verbunden war ein massiver Abbau demokratischer Kontrolle und Einflussnahme insbesondere der gewählten kommunalen Vertretungen. In den neuen Abkommen soll mithilfe zweier Mechanismen, nämlich des Stillstand- und des Sperrklinken-Mechanismus dafür gesorgt werden, dass solche Fehlentscheidungen nie mehr rückgängig gemacht werden können. Rekommunalisierungen, also der Rückkauf von Gemeingütern sind dann verboten. In einer sogenannten Negativliste soll alles aufgeführt werden, was vor der Liberalisierung geschützt werden soll. **Neue** Regulierungen im Interesse des Gemeinwohls, der Umwelt oder des Klimas, die erst **zukünftig** erkannt werden, können darin natürlich nicht aufgeführt werden, werden also nicht mehr möglich sein!

Drittens: Die Bezeichnung von eben solchen Regulierungen als "Handelshemmnisse" ist der zweite Angriff auf die Demokratie. Denn solche "Handelshemmnisse" sollen sowohl bei bestehenden als auch bei künftigen Gesetzen beseitigt werden. Hier wird das Interesse der Wirtschaft, insbesondere von Großkonzernen über das Gemeinwohl gesetzt. Auch dieser Prozess wird durch zwei Mechanismen abgesichert: zum einen durch die Möglichkeit von Konzernklagen gegen Staaten, wobei es unerheblich ist, ob dies vor einer privaten Schiedsstelle oder – wie von Minister Gabriel vorge-

schlagen – einem internationalen Gericht erfolgt. **Jedes Gericht** müsste einem Investor Schadenersatz für eine geschmälernte Gewinnerwartung zusprechen, wenn der Vertrag dies so vorsieht. Außerdem: selbst wenn Herrn Gabriels Vorschlag für TTIP akzeptiert würde, blieben die privaten Schiedsstellen bei CETA und anderen bilateralen Abkommen der EU ebenso wie das Klagerecht von Konzernen gegen Staaten dennoch bestehen.

Zum anderen ist ein "Rat für regulatorische Kooperation" – kurz: Regulierungsrat aus Vertretern von Wirtschaft und Behörden geplant, der sowohl **bestehende** Gesetze überarbeiten als auch **künftige** vorbereiten soll, und das noch bevor sie den Parlamenten vorliegen. Damit werden die Parlamente weitgehend entmachtet, bzw. müssen den Vorgaben dieses Regulierungsrates folgen.

FAZIT: Die drei Säulen der Gewaltenteilung, auf denen die Demokratie beruht, werden durch die Abkommen unterhöhlt:

- die Legislative sowohl durch die Liberalisierung/Privatisierung und als auch die regulatorische Kooperation bzw. den Regulierungsrat
- die Judikative durch ein privates Parallel-“Rechtssystem“
- die Exekutive aber würde von der Macht der Wirtschaft bestimmt.

Wir werden zwar weiterhin wählen dürfen, aber es würde noch weniger bewirken als bisher. Damit würden wir uns nicht mehr wesentlich unterscheiden von Ländern wie Iran, Russland oder China. In diesen Ländern darf auch gewählt werden, das Sagen aber haben entweder eine religiöse Gruppierung wie im Iran, ein autokratischer Präsident wie in Russland oder ein Politbüro wie in China. Wir bekämen eine Art kapitalistisches Politbüro, eine nicht gewählte Super-Regierung in der **WIR** nicht vertreten sind, wohl aber die internationalen Großkonzerne, die dann hemmungslos die kleineren Betriebe nieder konkurrieren können. **Selbst ein wirtschaftlicher Vorteil durch diese Abkommen kann jedoch die Beschädigung der Demokratie und damit auch unserer Freiheit und unserer Werte nicht rechtfertigen!**

Ein solcher Angriff auf die Demokratie gehört in den direkten Verantwortungsbereich der Kanzlerin. Art. 65 GG sagt: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung“. Es wäre dringend notwendig, dass die Öffentlichkeit – vor allem die Medien! – die Kanzlerin an diese Verantwortung und ihren Amtseid erinnert, in dem sie geschworen hat, Schaden vom deutschen Volke zu wenden.

Schreiben Sie Leserbriefe an die Medien, auch an die Badische Zeitung, und fordern Sie:

Die Berichterstattung über diese Abkommen muss aus dem Wirtschaftsteil der Zeitungen, der kaum gelesen wird, herausgeholt werden und im Politikeil einen prominenten Platz erhalten, damit die Bevölkerung erkennen kann, welche Gefahr für die Demokratie da aufzieht!